

Wege aus der Geburtenkrise

Bevölkerungsentwicklung und Familienpolitik in der Steiermark



Die Bevölkerung in der Steiermark altert rascher und stärker als in den meisten anderen Bundesländern in Österreich. Dazu tragen das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge in das Seniorenalter sowie die steigende Lebenserwartung bei. Auch die Geburtenrate ist in den letzten vier Jahrzehnten deutlich gesunken und der stark ausgeprägte Kinderwunsch der Steirerinnen und die tatsächliche Realisierung liegen weit auseinander. Um Aufschluss über diese Entwicklungen zu bekommen, hat die Landesstatistik Steiermark die soziodemografischen Faktoren aus den Mikrozensusserhebungen in der steirischen Bevölkerung von 2001 und 2002 ausgewertet. Zusätzlich zum Mikrozensus 2002 wurde eine Sondererhebung unter den 20- bis 40-jährigen Steirerinnen und Steirern zu Fragen der Fruchtbarkeit durchgeführt. Die Problemfelder liegen dem Gutachten zufolge vor allem im Dreieck Familie, Erwerb und Kinderbetreuung und sind äußerst komplex.

Mehr Geburten als Lösung?

Mit einer Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau weist die Steiermark nach dem Burgenland die zweitniedrigste in Österreich auf. Damit die Bevölkerungszahl konstant bleibt und das Ungleichgewicht im Altersaufbau aufgehoben wird, müssten um zwei Drittel mehr Kinder geboren werden. Die Geburtenzahl wird in Zukunft weiter und verstärkt sinken, wenn weniger Kinder geboren werden und diese später das Fortpflanzungsverhalten ihrer Eltern übernehmen. In Folge würde sich das Fruchtbarkeitspotenzial in der Steiermark vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2030 um 30 % verringern. Das Anheben der Geburtenrate auf 1,75 bis zum Jahr 2020 könnte bereits eine entschärfte Verteilung der Altersgruppen bewirken. Um eine Trendwende zu erzeugen, müssten die Lebensumstände für Familien verbessert werden.

Zu Bedenken ist auch, dass durch die Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen - im Jahr 2050 werden etwa 39 % der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein - ein zusätzlicher Bedarf an ärztlicher Versorgung und Pflege entsteht.

Trend zur Spätgeburt?

Seit den 1950-er Jahren verkleinert sich die Familiengröße. Drei oder vier Kinder zu bekommen, wird zur Ausnahme. Auch werden immer weniger Kinder ehelich geboren. In der Steiermark scheint eine neue Kinderlosigkeit um sich zu greifen, obwohl der Erhebung zufolge der Wunsch nach mehr Nachwuchs sogar stärker als in den meisten anderen Bundesländern ist.

Gründe für den Geburtenrückgang sind die längeren Ausbildungszeiten und der immer spätere Auszug aus dem Elternhaus sowie das spätere erste Zusammenleben mit der Partnerin bzw. dem Partner. In weiterer Folge werden das Erstheiratsalter und die Elternschaft nach hinten verlegt. Das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Erstgeburt lag im Jahr 2002 bei 27,2 Jahren. Es zeigt sich, dass mit steigender Bildung später und weniger Kinder geboren werden. Aber auch bei Frauen mit Pflichtschulabschluss ist bereits ein Rückgang an Geburten erkennbar, was vermutlich am höheren Armutsrisiko liegt.

Als ein weiterer Grund für das Abnehmen der Fruchtbarkeit wird gerne die Erwerbstätigkeit der Frau angegeben. Die Erwerbsquote der 20- bis 40-jährigen Steirerinnen steigt von derzeit 66 % im Schnitt auf prognostizierte 75 % im Jahr 2020. Eine hohe Erwerbsquote unter Frauen muss sich aber nicht automatisch schlecht auf die Geburtenzahlen auswirken, das beweisen internationale Beispiele wie Dänemark und Finnland, die auch eine hohe Gesamtfuchtbarkeitsrate aufweisen. Voraussetzung dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen steigt auch der Bedarf an außerfamiliärer Kinderbetreuung, die allerdings leistbar bleiben muss. Die Quote an Alleinerziehenden (Teilfamilienquote) ist in der Steiermark hinter Wien mit 14 % am zweithöch-

sten in Österreich. 80 % davon sind gezwungen, erwerbstätig zu sein. Der Anteil der AusländerInnen ist in der Steiermark relativ gering, aber dennoch von Bedeutung für den Geburtenzuwachs in der Steiermark.

Wohin mit den Kindern?

Die Haushaltsführung und die Kinderbetreuung werden in der Steiermark wie auch im restlichen Österreich vorwiegend von Frauen ausgeführt. Überwiegend alleine betreuen Männer die Kinder nur zu 0,5 % (österreichische Männer: 1,2 %). Etwa 39 % der steirischen Männer übernehmen diese Pflicht nie oder nur selten. Unter den Alleinerzieherinnen müssen 62 % ohne Hilfe auskommen, alleinerziehende Männer zu 9 %. Von den erwerbstätigen Müttern muss ca. jede Dritte überwiegend alleine für die Betreuung der Kinder aufkommen, von den erwerbstätigen Männern nicht einmal jeder Hundertste. Eine gemeinsame Kinderbetreuung ist dennoch bei Müttern, die einem Erwerb nachgehen, eher die Regel (61 %) als bei nicht erwerbstätigen (44 %).

Die Betreuung von Kindern außer Haus ist in der Steiermark vergleichsweise gering. Im Jahr 2002 sind von rund 192.000 Kindern unter 15 Jahren weniger als ein Fünftel zumindest einmal wöchentlich in einer außerfamilialen Betreuungseinrichtung untergebracht (Österreichschnitt: gut ein Viertel). Bei allen Altersgruppen weist die Steiermark eine geringere Betreuungsquote als die meisten anderen Bundesländer auf.

Den Wunsch nach mehr und besseren Betreuungsmöglichkeiten äußern Eltern mit Kindern unter drei Jahren sowie Eltern mit Kindern zwischen sechs und 14 Jahren. Der Mikrozensus erhebung zufolge fehlen insgesamt für 12.100 Kinder Betreuungsplätze überhaupt bzw. zusätzliche.

Bei der Ferienbetreuung hat sich die Situation deutlich verbessert. Während im Jahr 1995 noch 97 % der Kinder in der Ferienzeit von den Eltern betreut wurden, waren es im Jahr 2002 nur mehr 21 %. Dennoch werden weitere Maßnahmen zur Betreuung in den Ferien gewünscht. Dies gilt in starkem Maße auch für die Kinderbetreuung zu Mittag und am Nachmittag sowie vermehrt samstags.

Im österreichweiten Vergleich ist die Zufriedenheit mit der außerhäuslichen Kinderbetreuung in der Steiermark relativ gering. Abgesehen von den Öffnungszeiten werden die zu hohen Kosten kritisiert.

Geld statt Struktur?

Drei Viertel der befragten 20- bis 40-jährigen Steierinnen und Steirer sprachen sich in erster Linie für mehr finanzielle Unterstützung aus. Strukturelle Maßnahmen hingegen bevorzugten nur ein Drittel der Befragten. Diese sind Expertenmeinungen zufolge jedoch für ein Anheben der Geburtenrate ausschlaggebend. Strukturelle Maßnahmen wie familienfreundliche Arbeitsplätze oder bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten müssten, um eine höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erlangen, von der Politik besser erklärt und beworben werden.

Bei der Beurteilung der wichtigsten angegebenen Maßnahmen wurde nach folgenden Personengruppen unterschieden:

- Bei Personen ohne Kinder werden sogenannte "vertrauensbildende Maßnahmen" als wichtig eingestuft. Dazu zählen die Verlängerung des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) bzw. des Kündigungsschutzes bis zum fünften Lebensjahr des Kindes sowie flexible Arbeitszeiten und eine verbesserte Kinderbetreuung.
- Für Personen mit kleinen Kindern wird eine "aktuelle Hilfe" gewünscht, wie z. B. die Erhöhung des KBG, flexible Arbeitszeiten und eine verbesserte Kinderbetreuung.
- Personen mit jugendlichen Kindern sprechen sich für eine Erhöhung der Familienbeihilfe aus. Ein direkter Einfluss auf eine Steigerung der Geburten ist bei dieser Maßnahme eher fraglich.

Die Studie gab aber auch Aufschluss über den Einfluss des psychosozialen Bereiches. So wurde von den Männern überdurchschnittlich oft eine verpflichtende Aufteilung der Karenzzeit und eine bessere Karenzregelung für Väter gewünscht. Dies widerspiegelt allerdings eine verbesserte Karenzregelung als Idealvorstellung, da vor allem jene Befragten sich dafür aussprechen, die noch keine Kinder haben oder die Phase der Kindererziehung bereits hinter sich haben. Auch zeigte sich, dass Paare, die sich über ihren Kinderwunsch einig sind, weniger durch äußere Umstände (finanzielle, berufliche, aber auch politische Maßnahmen) beeinflussbar sind als bei Uneinigkeit. | red

INFO

Ernst Burger, Ines Grabner: Familiengestaltung in der Steiermark - Befragungsergebnisse der amtlichen Statistik. Endbegutachtung, Graz 2003

Kontakt: Hofrat Dr. Ernst Burger, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Tel: +43-316-877-26666, E-Mail: landesstatistik@stmk.gv.at

Familienfreundlichkeit als Ziel

Lokale Bündnisse für Familie - eine Initiative aus Deutschland



Familienfreundlichkeit ist kein leeres Schlagwort, sondern Familienfreundlichkeit ist zu einem Qualitätsmerkmal geworden. Das wird auch durch die Bewertung und öffentliche Auszeichnung von Unternehmen und Kommunen ersichtlich. Der

zunehmende Wettbewerb erfordert, dass die Unternehmen vermehrt auf die Arbeitsbedingungen und das Lebensumfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehen. Denn ein familienfreundliches Ambiente besteht nicht nur aus familienfreundlichen Arbeitsplätzen, sondern auch aus einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung, angemessenen Wohnbedingungen, einem kulturellen Umfeld und vielem mehr. Familienfreundlichkeit betrifft also viele Handlungsfelder und kann dann erreicht werden, wenn die unterschiedlichen Akteure zusammenarbeiten.

Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit ist mit der Initiative *Lokale Bündnisse für Familie* gegeben. Die deutsche Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, möchte damit bereits bestehende Aktivitäten auf kommunaler Ebene unterstützen und die Gründung weiterer Bündnisse anregen. Dabei soll eine stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen mit Kommunen angestrebt werden, um das gesamte Lebensumfeld der Erwerbstätigen familienfreundlicher zu gestalten. Darunter fallen kurze Wege zum Arbeitsplatz, Kinderbetreuungseinrichtungen, gute und leistbare Infrastruktureinrichtungen sowie Wohn- und Freizeitangebote für Familien etc.

Folgende fünf **Handlungsfelder** wurden für die Initiative gewählt:

- Balance von Familie und Arbeitswelt
- Kinderbetreuung
- Stärkung der Familienkompetenz
- familienfreundliches Wohnumfeld
- Förderung der Gesundheit in Familien

Kennzeichen eines Lokalen Bündnisses für Familie:

- An einem Bündnis beteiligen sich unterschiedliche Akteure: Politik und Verwaltung, Wirtschaft, freie Träger, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Kirchen etc. und Familien selbst. Ein lokales Bündnis ist in diesem Sinne als regionales Netzwerk zu verstehen.
- Das Bündnis hat eine familienpolitische Zielsetzung und gibt diese auch nach außen zu erkennen. Allen Akteuren ist gemeinsam, dass sie die Rahmenbedingungen für Familienleben nach ihren Möglichkeiten verbessern wollen.
- Ein lokales Bündnis hat einen regionalen Schwerpunkt. Am häufigsten werden Bündnisse auf der Ebene einer Stadt, einer Gemeinde oder eines Kreises gebildet.
- Ein Bündnis hat eine längerfristige Perspektive, es sollte auf Dauer angelegt sein.
- Die Partner im Bündnis arbeiten mit einem gewissen Maß an Verbindlichkeit zusammen. Die Übernahme von (Mit-)Verantwortung erfordert einen gewissen formalen und organisatorischen Rahmen, der von den Beteiligten eingehalten wird.

Die Initiative *Lokale Bündnisse für Familie* wird auf der gleichnamigen Website vorgestellt. Zur Unterstützung der Eigeninitiative werden in einem Online-Handbuch Hinweise gegeben, wie ein Bündnis initiiert und mit welchen Akteuren zusammen gearbeitet werden kann. Auch werden "good-practice"-Beispiele vorgestellt, die eine Vorstellung davon geben sollen, welche Projekte in diesem Rahmen möglich sind. | red

INFO

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
Lokale Bündnisse für Familie - Online Handbuch
Web: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familien.de/>

S · E · R · V · I · C · E

BUCH

Ehe- und Familiensoziologie

Diese neu erschienene Einführung von Rosemarie Nave-Herz gibt einen guten Überblick über die neuesten empirischen Befunde und theoretischen Diskurse im Bereich Ehe, Familie und Verwandtschaft. Historische Exkurse ermöglichen es, die kulturspezifischen und zeitbedingten Aspekte der gegenwärtigen Lebensformen zu erkennen. Bei der Gegenwartsanalyse kommen verschiedene wissenschaftstheoretische Ansätze zur Anwendung. Dem sozialen und familialen

Wandel entsprechend wird auch die Mehrgenerationenfamilie thematisiert. Zur Vertiefung in einzelne Fragestellungen wird ein umfangreiches Literaturverzeichnis angeboten.

Rosemarie Nave-Herz: Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Juventa Verlag Weinheim und München 2004. ISBN 3-7799-1712-2

TERMIN

Kindheit - Beziehung - Entwicklung - Sprache

Bei dieser Tagung mit Anna Tardos und Rebeca & Mauricio Wild werden neue Aspekte für eine bessere Beziehungsqualität zwischen Erwachsenen und Kindern zur Sprache gebracht. Ziel der **Pikler-Hengstenberg-Gesellschaft** ist die Unterstützung von selbstbestimmtem Lernen und einem respektvollen Umgang mit Kindern, Erwachsenen und sich selbst.

DATUM: 10. - 12. September 2004
ORT: Europahaus, Linzer Strasse 429, A-1140 Wien, Tel: +43-1-57 666 63
VERANSTALTER: Pikler-Hengstenberg-Gesellschaft Österreich
 Web: <http://www.pikler-hengstenberg.at>
KONTAKT: Lucie & Samuel Gräbe
 Tel: +43-2762-52933
 E-Mail: tagung2004@utanet.at

TERMIN

Joint Venture Familie und Wirtschaft?

Widersprüche – Ansprüche – Machbarkeit
 22. bis 24. September 2004 in Strobl am Wolfgangsee

Das Spannungsfeld Familie und Wirtschaft wurde bisher hauptsächlich auf die Vereinbarkeitsproblematik Familie - Erwerb reduziert. Dabei wird die Wirtschaft in einer Gegenposition zu den Bedürfnissen der Familien gesehen. Ob dieser Gegensatz berechtigt ist oder nicht und wie er gegebenenfalls überwunden werden kann, damit wird sich das Symposium im September 2004 in Strobl am Wolfgangsee beschäftigen.

DATUM: 22. - 24. September 2004
ORT: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (Strobl am Wolfgangsee)
VERANSTALTER: Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien
Tagungspauschale: bei Anmeldung bis 15.08.2004 pro Person 150 €
INFORMATION: Mag. Rudolf Karl Schipfer
 E-Mail: rudolf.schipfer@oif.ac.at
 Tel: +43-1-535 14 54-12
 Web: <http://www.oif.ac.at/symposium.html>

IMPRESSUM
 Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung | 1010 Wien | Gonzagagasse 19/8
 Hrsg: BMSG, Projektgruppe im ÖIF,
 Mag. Dr. Brigitte Cizek
 Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Rudolf K. Schipfer
 Redaktion: Mag. Christina Luef, Edeltraud Pürk
 DVR: 0855561
 Österreichische Post AG / Sponsoring.Post
 Verlagspostamt: 1010 Wien
 Zulassungsnr. 02Z031820S
 KONTAKT: christina.luef@oif.ac.at